



Sehr geehrter Herr Prof. Şahin,

seit ein paar Tagen geistert von Ihnen folgendes Zitat durch das Internet:

„Mein Lehrer wollte, dass ich auf die Hauptschule gehe. Erst durch das Einschreiten meines deutschen Nachbarn konnte ich aufs Gymnasium.“ Wir möchten das auf unsere Titelseite unserer Mitgliederzeitschrift (s.u.) bringen <https://www.gew-hamburg.de/veroeffentlichungen/hlz-mitgliederzeitung>, weil es das zusammenfasst, wofür seit Jahren oder besser seit Jahrzehnten streiten: Die Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit, die die Abschaffung unseres gegliederten Schulwesens voraussetzt.

Für uns ist die Schulstruktur, gleich, ob sie klassisch drei- oder wie in Hamburg nur noch zweigliedrig ist, verantwortlich für die Benachteiligung all jener, die von zu Hause aus nicht die Voraussetzungen mitbringen, die der klassische deutsche Bildungskanon des Gymnasiums verlangt. Unabhängig davon, dass man diesen infrage stellen kann, bleibt mit der Trennung der Kinder nach der vierten Klasse für all jene der Weg verbaut, um später einmal höherqualifizierte Berufe ausüben zu können. Wenn einmal die Entscheidung getroffen wurde: „Du bist nicht gut genug fürs Gymnasium – du bist nur zweite Wahl“, ist der Weg in aller Regel zu dem verbaut, was allgemein unter sozialem Aufstieg verstanden wird. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, welches Trauma dies bei den Kindern hinterlässt. In der Folge sorgt in aller Regel ‚die sich selbst erfüllende Prophezeiung‘ dafür, dass die gesellschaftliche Benachteiligung erhalten bleibt.

War es in den 1950er Jahren noch das katholische Mädchen vom Lande, das als Bildungsverliererin galt, so ist dieses seit einigen Jahrzehnten abgelöst von dem Kind aus eingewandelter Familie, das nicht zuletzt wegen sprachlicher Defizite strukturell benachteiligt ist. Die voranschreitende Segregation, auch was das Wohnen betrifft, leistet ihr Übriges. Der Spruch „sage mir, wo du wohnst und ich sage dir, was du wirst“ ist heute wahrer denn je.

Kinder lernen durch das Zusammensein mit anderen Kindern. Nur so können sprachliche Defizite nachhaltig kompensiert werden, nur so können kulturelle Unterschiede als Bereicherung und nicht als Bedrohung angesehen werden. Was wir brauchen ist das, was nach dem Ersten Weltkrieg (!) bereits auf der Agenda fortschrittlicher Pädagog*innen und Politiker*innen stand: Eine Schule für Alle! Damit wären die Unterschiede nach gleichberechtigter Teilhabe am wirtschaftlichen und kulturellen Leben nicht aus der Welt, aber es wäre ein großer Schritt zu mehr Gerechtigkeit!

Was ich jetzt in diese Zeilen gelegt habe, ist das Credo dessen, wofür wir in den letzten Jahrzehnten gekämpft haben. Trotz aller Niederlagen werden wir weiter gegen diese Art der institutionalisierten Diskriminierung kämpfen. Konkret: Wir lassen nicht ab von unserer Forderung für ‚Eine Schule für Alle!‘ Und in diesem Zusammenhang geht die Frage an Sie, ob sie sich vorstellen können, für ein Interview zur Verfügung zu stehen, dass vor dem Hintergrund ihrer Biografie die beschriebene Thematik in den Fokus nimmt. (Wir könnten dies in Zeiten der Pandemie schriftlich machen, wären aber auch jederzeit bereit, persönlich dies bei Ihnen vor Ort durchzuführen.)

Nun ohne ich, mit wie viel Zu- bzw. Bittschriften sie zurzeit konfrontiert sind. Als ein bisschen wahnhaft ob dieses Vorhabens werde ich auch von Redaktionsmitgliedern bezeichnet. Aber, wenn es um die Gerechtigkeit geht, wer sollte einen daran hindern, auch das Unmögliche zu versuchen.

Unabhängig von Ihrer Antwort wünsche ich Ihnen weiterhin den Erfolg, den Ihre Arbeit bis jetzt schon hervorgebracht hat.

Mit besten Grüßen aus Hamburg
Joachim Geffers

Meine Redaktionskollegen haben Recht behalten!

Professor Şahin hat auf meine Mail nicht reagiert. Und natürlich kann man das nachvollziehen. Wer in einer solchen Position ist, sollte sich mit politischen Statements zurückhalten und sich tunlichst nicht vor jemandes Karren spannen lassen.

Wir wissen also gar nicht, welche Meinung Uğur Şahin in Hinblick auf unser Schulwesen hat. Es geht auch nicht darum, Vermutungen anzustellen. Es geht darum, dass wir wissen, dass das gegliederte Schulsystem, dessen Opfer unser Adressat beinahe geworden wäre, vielen Kindern die Chance raubt, im späteren Leben eine Rolle einzunehmen, die sie

unabhängig von nationaler Herkunft und/oder sozialem Stand chancengleich ins berufliche Leben starten lässt. Das löst nicht nur nicht ein, was das Grundgesetz in Hinblick auf Gleichheit postuliert, sondern man verzichtet auch auf die Möglichkeit, alle Talente adäquat zu fördern. Man verzichtet damit nicht nur auf wirtschaftliche Entwicklungspotenziale, sondern vor allem eben insgesamt auf gesellschaftlichen Fortschritt, wenn man diesen daran bemisst, in welchem Maße die Menschen an den Erfolgen einer Gesellschaft gleichermaßen teilhaben.

JG